

Kurzmeldungen 12/2013

EEG-Reform

Nach den Bundestagswahlen hat die Energiewirtschaft eine Kampagne gegen das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien (EEG) gestartet, die bis heute die Medien beherrscht.

Um die Erneuerbaren Energien weiter auszubauen, brauchen wir ordnungspolitische Rahmensetzungen und nicht immer weitere Eingriffe in den Marktmechanismus.

Subventionen für Reservekapazitäten sind nicht akzeptabel. Atomkraftwerke und Braunkohlekraftwerke sind nicht in der Lage, die nötige Regelenergie bereitzustellen. Sie müssen daher auch deshalb nach einer Übergangszeit abgeschaltet werden. Stattdessen werden flexible Gaskraftwerke und ein verbessertes Energienetz benötigt. Dort, wo der Energiemarkt diese Investitionen nicht durchführt, sollte der Staat auch selber in die Energieinfrastruktur investieren. Später können diese Anlagen verkauft werden.

Eine Erhöhung der Preise für Emissionszertifikate im Emissionshandel würde den Strompreis an der Börse erhöhen. Damit hätten Gaskraftwerke Vorteile gegenüber Kohlekraftwerken und die EEG-Umlage würde sinken.

An der Strombörse hat der Ausbau der Erneuerbaren Energien zu einem Sinken der Strompreise geführt. Diese Preissenkungen werden nicht an die Endverbraucher vollständig weitergegeben. Stattdessen erhöhen die Energieversorger immer weiter die Versorgungspreise und begründen dies mit der gestiegenen EEG-Umlage. Die Energiekonzerne müssen dazu gezwungen werden, die Börsenpreise als Abrechnungsgrundlage zu übernehmen.

Um die Ökostrom-Umlage zu senken, muss sich der Staat darauf konzentrieren, die Stromerzeugungskosten bei Ökoenergieanlagen immer weiter zu senken. Das kann durch die Förderung von kostensenkenden Innovationen geschehen und in dem die Laufzeit und die Lebensdauer dieser Anlagen massiv erhöht wird. Langfristig muß der Ökostrom ohne Umlage am Markt bestehen können.

Die ausufernden Befreiungen von der EEG-Umlage für die Industrie müssen sofort auf Unternehmen beschränkt werden, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen.

Quelle: ÖDP, UBA-Hintergrund: „Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien – klimafreundlich und ökonomisch sinnvoll“

EFSA

Die EU-Lebensmittelbehörde EFSA ist für die Risikobewertung von gentechnisch veränderten Produkten zuständig. Oberstes Aufsichtsgremium ist der Verwaltungsrat. Der soll nun ein neues Mitglied bekommen: die EU-Kommission hat Beate Kettlitz nominiert, seit 2005 Lobbyistin beim Verband FoodDrinkEurope. Zu dessen Mitgliedern gehören unter anderem Coca-Cola und Pepsico, die diesen Herbst Millionen Dollar investierten, um eine Gentechnik-Kennzeichnung im US-Bundesstaat Washington zu verhindern.

Wer die Interessen der Lebensmittelindustrie repräsentiert, kann nicht gleichzeitig die Unabhängigkeit der EFSA kontrollieren.

Quelle: www.keine-gentechnik.de 3.12.13

Pestizid-Grenzwert von Glyphosat

Das Bundesinstitut für Risikobewertung sieht eine 66-prozentige Erhöhung eines wichtigen Grenzwerts für das umstrittene Pestizid Glyphosat als unbedenklich an. "Die neuen toxikologischen Daten würden es erlauben, den ADI-Wert für die akzeptable Tagesdosis von 0,3 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht auf 0,5 hochzusetzen", sagte Jürgen Thier-Kundke, Sprecher der Behörde. Der ADI ("Acceptable Daily Intake") bezeichnet die Menge eines Stoffes, die selbst empfindliche Verbraucher wie Kinder täglich ohne gesundheitliche Besorgnis lebenslang zu sich nehmen können und wird von einer Expertengruppe der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit

(Efsa) festgelegt.
Quelle: taz.de 6.12.13

Risikobewertung für Pflanzenschutzmittel in der EU

Das Verfahren zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in der EU bedarf einer Überarbeitung. Dies bestätigt eine aktuelle Untersuchung des Instituts für Umweltwissenschaften Landau. Demnach ist die in Gewässern nachgewiesene Menge an Mitteln gegen Pilzbefall (Fungizide) oft deutlich höher als die aktuellen Berechnungsmodelle im Zulassungsprozess vorhersagen. Bereits im vergangenen Jahr zeigte eine Studie des Instituts ein ähnlich alarmierendes Ergebnis bei Mitteln gegen Insektenbefall (Insektizide).

Knapp die Hälfte aller in der EU eingesetzten Pflanzenschutzmittel sind Fungizide. Da sie in der Regel zur Vorbeugung dienen, werden sie regelmäßig in größeren Mengen ausgebracht, insbesondere im Weinbau. Etwa bei Regen werden die Mittel in Flüsse und Seen geschwemmt, wo sie in höheren Konzentrationen Effekte auf Tiere und Pflanzen hervorrufen können. Denn viele Fungizide wirken nicht spezifisch gegen Pilze, sondern verhindern allgemeine Prozesse in Zellen wie die Energieproduktion oder deren Teilung.

Das Institut für Umweltwissenschaften Landau hat bereits im vergangenen Jahr nachgewiesen, dass es bei Insektiziden keinen statistischen oder auch nur augenscheinlichen Zusammenhang zwischen in bis zu vier von zehn Fällen die tatsächliche Belastung der Gewässer höher als vorausberechnet war, bei neueren Insektiziden sogar häufiger.

Nun hat die Forschungsgruppe um Prof. Dr. Ralf Schulz 417 ermittelte Feldkonzentrationen von Fungiziden in Gewässern und Sedimenten mit den vorhergesagten Umweltkonzentrationen verglichen. In 12 bis 23 Prozent der Fälle waren die tatsächlich gemessenen Werte in Gewässern höher. Nach Eingrenzung auf EU-Studien und 90-Prozent-Werte (Perzentile) ergeben sich mit bis zu 43 Prozent noch höhere Fehlerquoten als bei Insektiziden. Bei Sedimenten wurden sogar bis zu 76 Prozent der verglichenen Fälle unterschätzt.

Quelle: „Fungicide Field Concentrations Exceed FOCUS Surface Water Predictions: Urgent Need of Model Improvement“, 3.12.13 in „Environmental Science & Technology“

<http://pubs.acs.org/doi/abs/10.1021/es4048329?PrevSearch=Kn%25C3%25A4bel&searchHistoryKey=>

Klimawandel

Die von der Erdölindustrie bezahlten Klimawandel-Leugnern immer wieder verbreitete These, daß der Anstieg der globalen Mitteltemperatur nach 2000 aufgehört haben soll, ist falsch. Die Wirkung einer geringeren Sonnenaktivität, vulkanisches Aerosol, stratosphärischer Wasserdampfgehalt verringern die Energiezufuhr in das Klimasystem nicht so stark, dass der beobachtete Temperaturverlauf im letzten Jahrzehnt damit zu erklären wäre.

Der Ozean mit seiner riesigen Wassermenge ist eine sehr wichtige Komponente im Klimasystem, weil er der größte Wärmespeicher ist. Über 90 % der Wärme, die dem Klimasystem (hauptsächlich durch die Zunahme der Treibhausgase) zusätzlich zugeführt wurde, haben die Weltmeere aufgenommen und gespeichert.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass sich im letzten Jahrzehnt die Wasserschichten unterhalb von 700m Wassertiefe beträchtlich erwärmt haben.

Die globale Mitteltemperatur zeigte im Laufe des letzten Jahrzehnts trotz stetig steigender Treibhausgaskonzentrationen einen verzögerten Anstieg. Jedoch vermitteln andere – ebenso wichtige – Klimaindikatoren (z.B. Ozeantemperaturen, Meeresspiegelanstieg, Gletscherschmelze, Rückgang des arktischen Meereises) ein deutliches Bild der globalen Erwärmung in Übereinstimmung mit dem wissenschaftlichen Verständnis des Klimasystems.

Quelle: UBA-Hintergrund: Globale Erwärmung im letzten Jahrzehnt?

Vorratsdatenspeicherung ist rechtswidrig

Die umstrittene Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen EU-Grundrechte - so zumindest sieht es der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof. Das eigentliche Urteil soll erst in einigen Monaten fallen, in der Regel folgen die Richter dem vorgelegten Gutachten.

Die vorgeschriebene anlasslose Speicherung von Telefon- und Internetverbindungen der Bürger zu Fahndungszwecken sei unvereinbar mit der EU-Charta der Grundrechte, erklärte EU-Generalanwalt Pedro Cruz Villazón in seinem Gutachten. Die EU-Richtlinie von 2006 widerspricht nach Ansicht des Generalanwalts der Charta als Ganzes, etwa dem Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre. Zudem sei die vorgesehene Speicherung von bis zu zwei Jahren unverhältnismäßig lange.

Union und SPD wollen zwar die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland umsetzen, sich aber gleichzeitig in der EU für eine kürzere Speicherdauer einsetzen.

Die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Andrea Voßhoff soll laut Medienberichten neue Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit werden. Als Bundestagsabgeordnete hat sie für die Vorratsdatenspeicherung, für Internetsperren und für das BKA-Gesetz gestimmt und sich in Presseerklärungen für diese Gesetze eingesetzt.

http://www.deutschlandfunk.de/europaeischer-gerichtshof-gutachter-vorratsdatenspeicherung.1818.de.html?dram:article_id=271775,

mehr Demokratie

Sanierung der Verkehrswege nötig

Nicht erst seit gestern sind die Verkehrswege Deutschlands in einem erbärmlichen Zustand, endlich wird darüber auch diskutiert. Eine Bund-Länder-Kommission beziffert den Investitionsbedarf bei den Verkehrswegen auf 7,2 Milliarden Euro pro Jahr. Nicht nur die Straßen, auch die Schienen- und Wasserwege sind sanierungsbedürftig.

Eine Bund-Länder-Kommission unter der Leitung von Ex-Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig (SPD) hat die Lage analysiert und Finanzierungsvorschläge entwickelt.

Die Bodewig-Kommission "Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung" zeichnet ein dramatisches Bild. Um die 730.000km des deutschen Verkehrsnetzes – Straßen von kommunal bis Autobahn, Schiene, Wasserstraßen – in Schuss zu halten, müssten pro Tag etwa 50 Millionen Euro investiert werden. Doch es wird viel weniger Geld eingesetzt, und zwar seit langem. Rund ein Drittel der Autobahnen und Bundesstraßen gilt inzwischen als sanierungsbedürftig, vor allem die Erneuerung vieler Brücken ist überfällig. Bei der Bahn und im Binnenschiffsverkehr ist die Lage ähnlich finster. Züge zuckeln über Langsamfahrstrecken, weil der Schienen-Oberbau nicht erneuert wurde, und an den Wasserwegen sind viele Schleusen marode – spektakulär die Sperrung des Nord-Ostsee-Kanals für große Schiffe.

Die Kostenansätze der Bodewig-Kommission – 7,2 Milliarden jährlich über 15 Jahre hinweg – sind wohl noch zu niedrig geschätzt. Bodewig selbst hat das angedeutet, in dem er auf die explodierenden Kosten der Brückensanierung hinwies.

Bund, Länder und Kommunen sollten von ihren immer noch weit überdimensionierten Straßen-Neubauplänen Abstand nehmen und das frei werdende Geld in die Erhaltung des vorhandenen Verkehrsnetzes und die Stärkung der Schiene stecken, um Verkehr dorthin verlagern zu können.

Quelle: www.klimaretter.info/mobilitaet/hintergrund/14728-wir-brauchen-eine-verkehrswende
3.10.13

EU-Kommission bestraft Zinskartell

Die Europäische Kommission hat gegen 8 internationale Finanzinstitute Geldbußen in Höhe von insgesamt 1,7 Mrd Euro für die Teilnahme an illegalen Kartellen auf den Märkten für Finanzderivate im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verhängt. Sechs Banken sprachen sich bei Zinsgeschäften im Zusammenhang mit der Entwicklung des Yen untereinander ab. EU-Kommissar Joaquín Almunia erklärte dazu: „Was beim LIBOR- und beim EURIBOR-Skandal

so schockierend war, ist nicht nur die Manipulation der Referenzzinssätze, die von den Finanzregulierungsbehörden weltweit bekämpft wird, sondern auch das abgestimmte Verhalten zwischen Banken, die eigentlich miteinander im Wettbewerb stehen sollten.“

Das ordnungsgemäße Funktionieren der Finanzmärkte im Dienste der Realwirtschaft sollte das Ziel sein, und nicht die Manipulation der Höhe der Referenzzinssätze.

Das EIRD-Kartell war zwischen September 2005 und Mai 2008 tätig. Die Parteien des Vergleichsverfahrens sind Barclays, Deutsche Bank, RBS und Société Générale. Das Kartell zielte auf Verfälschung der normalen Preisfestlegungskomponenten für diese Derivate ab. Im Zusammenhang mit der gleichen Untersuchung wurden Verfahren gegen Crédit Agricole, HSBC und JPMorgan eingeleitet.

Im YIRD-Sektor deckte die Kommission 7 Zuwiderhandlungen auf, die zwischen 2007 bis 2010 abliefen. Die an einer oder mehreren Zuwiderhandlungen beteiligten Banken sind UBS, RBS, Deutsche Bank, Citigroup und JPMorgan.

Quelle: EU-Kommission IP/13/1208, 4.12.13

EZB spielt Risiken von Staatsanleihen herunter

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Claudia Buch und der Max-Planck-Forscher Martin Hellwig hatten in einer Expertise für den bei der EZB angesiedelten Europäischen Systemrisikorat (ESRB) darauf hingewiesen, dass Banken zu große Risiken eingehen könnten, weil sie Investitionen in Staatsanleihen nicht mit Eigenkapital besichern müssen. Vielmehr gelten diese aufsichtsrechtlich als risikolose Kapitalanlage. Wollte man dieses Klumpenrisiko von Banken und Staaten mindern, könne man eine Grenze für Investitionen in Staatsanleihen einführen oder die Titel verpflichtend mit Kapital unterlegen.

Doch EZB-Präsident Mario Draghi hat diese Empfehlung demnach als politisch zu heikel befunden und gab das Schreiben zur Überarbeitung an seine Urheber zurück. Will die EZB keine Autorität in ihrer künftigen Rolle als Bankenaufsicht verspielen, darf sie existierende Bankenrisiken nicht kleinreden. Die Eurostaaten aber haben den Vorschlag einer Kapitalunterlegung für Staatstitel schon mehrfach zurückgewiesen, weil sie den Eindruck vermeiden wollten, es gebe vom Ausfall stärker gefährdete Schulden einzelner Euromitglieder.

Quelle FAZ 24.11.13, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/geldpolitik-ezb-spielt-risiken-von-staatsanleihen-herunter-12679369.html>

[http://www.deutschlandfunk.de/die-falschen-argumente-der-banklobbyisten.1310.de.html?](http://www.deutschlandfunk.de/die-falschen-argumente-der-banklobbyisten.1310.de.html?dram:article_id=268581)

dram:article_id=268581

Koalitionsverhandlungen CDU-SPD

Die CSU forderte in den Koalitionsverhandlungen die Einführung bundesweiter Volksentscheide. Das Nein der CDU kam prompt: „Volksentscheide würden dem Parlament schaden. Wir wollen diese Form der Demokratie nicht untergraben“ sagte Unionsfraktionsvize Günter Krings (CDU).

Quelle: NOZ, 13.11.13